

Heinz Gruber
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Leiter der Sektion V

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

Momentaufnahmen zum lebenslangen Lernen in Österreich¹

Bildung vermittelt nicht nur unsere Weltanschauung und befähigt uns zur Weltaneignung, sondern wir gewinnen durch Bildung auch erst ein Bild von uns selbst. Wo aber die gesellschaftlichen, technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sich immer schneller verändern, ist ein immer offenerer, dynamischerer Bildungsbegriff notwendig: Nur wer ständig dazulernt – und zwar im umfassenden Sinn des Wortes – wird beruflich und sozial adäquat auf die veränderte Umwelt reagieren können und zugleich in der Lage sein, an einem Lebensentwurf festzuhalten, der mit individueller Sinnstiftung und der Kontinuität von Werten verbunden ist.

„Lebenslanges Lernen“ ist daher zum zentralen Begriff der internationalen Bildungsdebatte geworden, und die Europäische Kommission hat mit dem „Memorandum über lebenslanges Lernen“ einen neuerlichen Akzent in dieser Debatte gesetzt. Bereits 1996 rief die Europäische Union das „Jahr des lebenslangen Lernens“ aus, und im selben Jahr verabschiedeten die Bildungsminister der OECD einen Maßnahmenkatalog mit dem Titel „Lifelong Learning for all“. Etwas später, 1997, hat auch die UNESCO ein Papier vorgelegt, das unter dem Titel „Hamburger Deklaration zum Lernen im Erwachsenenalter“ bekannt geworden ist. Und seit einigen Jahren finden wir die Bedeutung des lebenslangen Lernens in allen beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Kommission, vor allem aber auch in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon und von Feira betont.

Bei so vielen Absichtserklärungen und programmatischen Ansätzen muss man sich fragen, wie es um die konkrete Umsetzung der Ziele bestellt ist. Dazu einige österreichische „Momentaufnahmen“ in Zahlen:

¹ Der Text stellt eine inhaltlich erweiterte Fassung des Eröffnungsreferates dar, das Dr. Heinz Gruber, Leiter der Sektion V des bm:bwk und nationaler Koordinator der Konsultationsprozesses zum „Memorandum über lebenslanges Lernen“, anlässlich der Eröffnung der Expert/innentagung gehalten hat.

- ◆ Die UNESCO hat 1997 gefordert, dass 6% des Bruttoinlandsprodukts in die Bildung der Bürger/innen investiert werden sollen. 1999 hat Österreich dieses Ziel deutlich überschritten, indem die öffentlichen Bildungsausgaben bereits 6,16% des BIP betragen, was selbst für Industrienationen keine Selbstverständlichkeit ist. So flossen in Deutschland nach dem letzten Bericht der OECD nur 4,35% des Bruttoinlandsprodukts an öffentlichen Geldern in die Bildung, in Japan waren es gar nur 3,55%.
Österreich wird seine Anstrengungen in diesem Bereich aber fortsetzen, denn das Bildungsbudget erreicht im Jahr 2002 mit 13,72% den höchsten Anteil an den Ausgaben aller Ressorts, den es jemals gegeben hat. 1998 betragen die Ausgaben des Bundes für Bildung 7 Milliarden Euro, 2002 werden es 8 Milliarden Euro sein.
- ◆ Österreich hat – mit weniger als 5 % - die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Europäischen Union. Besonders beachtenswert ist die Differenz zur OECD: Hier sind durchschnittlich 22% der Jugendlichen arbeitslos. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass
 - a) das duale System der Lehrlingsausbildung nach wie vor eines der erfolgreichsten ist;
 - b) die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen hervorragend auf den Arbeitsmarkt vorbereiten;
 - c) die sieben neuen IT-Berufe, die in der österreichischen Lehrlingsausbildung seit 1997 eingeführt wurden, eine effektive Weichenstellung darstellen. So bestanden Ende 2000 in diesen Berufen 2.200 Lehrverhältnisse, Ende 2001 werden es nach vorläufigen Zahlen bereits rund 3.000 sein.
- ◆ Zwischen 1981 und 1999 hat sich in Österreich nicht nur die Zahl der Maturantinnen und Maturanten verdoppelt, sondern auch die Zahl der Hochschulabsolvent/innen. So hatten 1981 nur 3,4 % der Österreicherinnen und Österreicher einen Hochschulabschluss, 1999 waren es bereits 6,6%. Eine höhere Schule hatten 1981 lediglich 7,2 % der Bevölkerung abgeschlossen, 1999 waren dies bereits 14,4%. Diese Tendenz ist anhaltend, und aktuelle Berechnungen gehen davon aus, dass 2004 bereits 42% des entsprechenden Altersjahrgangs maturieren werden.
- ◆ Bildungsangebote, die berufstätigen Personen den Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten ermöglichen, erfreuen sich einer starken Nachfrage. So bereiten sich derzeit rund 6.000 Österreicherinnen und Österreicher auf die Berufsreifeprüfung vor, rund 1.800 Personen absolvieren die Studienberechtigungsprüfung. Wenn man sich vor Augen hält, dass bis 1997, also dem Jahr, in dem die Berufsreifeprüfung eingeführt wurde, jährlich rund 2.500 Anträge um Zulassung zur Studienberechtigungsprüfung gestellt wurden, kann also zu Recht behauptet werden, dass die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Aus- und Weiterbildungssystemen nachhaltig geglückt ist.
- ◆ Laut OECD bewegt sich Österreich im internationalen Spitzenfeld, was die Pro-Kopf-Investitionen an den Universitäten und Hochschulen betrifft, indem auf

jeden einzelnen Studierenden pro Jahr rund 110.000,00 ATS (7.994,00 €) an öffentlichen Geldern entfallen. Nur die USA, die Schweiz, Schweden, Kanada und Australien geben demnach jährlich mehr Geld für die einzelne Studentin bzw. den einzelnen Studenten aus. Dabei sind die genannten Zahlen für Österreich bereits überholt, denn die aktuellen Pro-Kopf-Ausgaben liegen durch den Wegfall von Scheininskribenten nunmehr bei ca. 150.000 ,-- Schilling (10.900,00 €).

Bewegen sich die – teilweise sehr emotional geführten - Diskussionen in Österreich angesichts dieser Zahlen nicht vielleicht doch zum Teil auf Nebenschauplätzen, d.h. sind wir womöglich so „erfolgsverwöhnt“, dass wir die zentralen Leistungen unseres Bildungssystems gar nicht mehr richtig zu schätzen wissen?

Die Antwort darauf hat die österreichische Bundesregierung bereits vor Erscheinen des „Memorandums über lebenslanges Lernen“ vorgelegt, und zwar im Regierungsprogramm „Österreich neu regieren“. Dort wird lebenslanges Lernen als zentraler Schwerpunkt der Bildungspolitik festgelegt und die umfassende Koordination des gesamten Erwachsenen- und Weiterbildungsbereichs initiiert, weil wir überzeugt davon sind, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Qualität unseres Bildungssystems auszubauen und vor allem Modelle zu entwickeln, die eine Aufspaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer im neuen „Europa des Wissens“ verhindern.

Daher betrachte ich die Initiative der Europäischen Kommission als willkommene Unterstützung der österreichischen Bemühungen, und dies nicht zuletzt deshalb, weil entsprechend dem „bottom up“-Verfahren die Vorschläge und Konzepte jedes einzelnen Mitgliedstaates Berücksichtigung finden und in einen gemeinsamen Aktionsplan einfließen sollen.

Sechs Grundbotschaften legt das „Memorandum über lebenslanges Lernen“ vor, d.h. sechs zentrale Bereiche zur zukünftigen Umsetzung und Verbesserung des lebensbegleitenden Lernens.² Besonders bedeutsam erscheint mir Grundbotschaft 1, da hier die Schlüsselkompetenzen der Zukunft erörtert und damit die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben thematisiert werden. Was lässt sich nun aus österreichischer Perspektive zu diesen neuen „Schlüsselkompetenzen“ sagen?

Botschaft 1 fordert „neue Basisqualifikationen für alle“, worunter gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon die IT-Fertigkeiten, Fremdsprachenkenntnisse, eine neue technologische Kultur, Unternehmergeist und soziale Kompetenzen verstanden werden. In all diesen Bereichen haben wir in Österreich in den letzten Jahren zwar entscheidende Fortschritte gemacht. Aber

² Die 6 Grundbotschaften lauten: 1) Neue Basisqualifikationen für alle, 2) Höhere Investitionen in die Humanressourcen, 3) Innovation in den Lehr- und Lernmethoden, 4) Bewertung des Lernens, 5) Umdenken in Berufsberatung und Berufsorientierung und 6) Das Lernen den Lernenden räumlich näher bringen.

immer noch bestehen gravierende Lücken, die oft entlang der „Bruchlinien“ der unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen, der Bildungsunterschiede zwischen Männern und Frauen und den regionalen Besonderheiten verlaufen.

Insgesamt nutzen bereits rund 40% der österreichischen Bevölkerung das Internet, und damit liegen wir vor Dänemark, der Schweiz, den Niederlanden und Großbritannien, ja sogar vor Japan. Die Entwicklung in diesem Bereich war und ist sehr dynamisch, und wenn wir uns vor Augen halten, dass noch Anfang 1998 nur rund 20% das Internet genutzt haben, können wir zu Recht ein wenig stolz sein. Dabei dürfen wir aber eines nicht vergessen: Technische Zahlen wie die eben genannten geben zwar Aufschluss über die *Bereitschaft* der Bürgerinnen und Bürger zum lebenslangen Lernen, aber noch nicht über die *Fähigkeit* dazu.

Die Herausforderung für die Aus- und Weiterbildung besteht daher nicht allein darin, die notwendige Hardware und Software bereit zu stellen, sondern den Bürgerinnen und Bürgern grundlegende Kenntnisse zu vermitteln, um sich in der Informationsflut zurechtzufinden. Die Schlüsselkompetenz schlechthin in diesem Zusammenhang ist „kritisches Denken“, d.h. die Fähigkeit, relevante Informationen zu erkennen, Wissen von Werbung zu unterscheiden und Fakten von Manipulationsversuchen zu trennen. Die Förderung dieser Fähigkeiten muss schon in der Schule, ja zum Teil davor beginnen und bis in die Erwachsenenbildung fortgesetzt werden. Und gerade weil dieser Aspekt „lebensumspannend“ ist, haben wir die Initiative „eFit Austria“ so breit angelegt: vom „eLearning“ in der Schule über „eCulture“ und „eScience“ bis zum „eTraining“ der Erwachsenen. Wer auf den Datenhighway will, sollte Verkehrsschilder von Reklameschildern unterscheiden können und eine Straßenkarte bei sich haben, auf der man Sackgassen rechtzeitig erkennt. Nur dann werden die heruntergeladenen Bytes auch tatsächlich ein mehr an Bildung bringen.

Die grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Rechnen und Schreiben werden daher nicht weniger wichtig, sondern gerade umgekehrt noch unverzichtbarer. Parallel zur Förderung der neuen Basisqualifikationen muss daher alles unternommen werden, um etwa dem sekundären Analphabetismus zu begegnen. Auch die Förderung und Entwicklung von Methodenkompetenz, Sozialkompetenz sowie Selbstkompetenz muss ein primäres Ziel bleiben. Zu diesen Kompetenzen gehören Teamarbeit, Gesprächsführung, Konfliktlösung, Flexibilität, kreatives Denken, soziales Verständnis und die Bereitschaft zur Weiterbildung, d.h. Fähigkeiten, die mit den „neuen Basisqualifikationen“ wie „Unternehmergeist“ und „soziale Fähigkeiten“ in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Im Bereich der Schulen haben wir in dieser Hinsicht bereits entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Wesentliche Herausforderungen ergeben sich jedoch dadurch, dass erwachsenengerechte Modelle zur Vermittlung und Verbreitung der neuen Basisqualifikationen zum Teil erst in Entwicklung begriffen sind. Gerade ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind davon bedroht, über die erforderlichen Grundfertigkeiten nicht mehr ausreichend zu verfügen und ihr breites Fachwissen sowie ihre Erfahrung nicht adäquat am Arbeitsmarkt einbringen zu können. Hier kommen neue Anforderungen auf die Erwachsenen- und

Weiterbildungseinrichtungen zu, aber auch auf die Hochschulen und Universitäten. Doch brauchen wir auch in diesem Bereich das Rad keineswegs neu zu erfinden, wie das manchmal dargestellt wird: Es muss lediglich gelingen, das vorhandene Know-how, wie beispielsweise jenes der Kollegs und Fachhochschulen, breiter nutzbar zu machen, da etliche Institutionen bewiesen haben, dass fachspezifisches Wissen, soziale Fähigkeiten und unternehmerisches Denken gleichzeitig vermittelt und erwachsenengerecht aufbereitet werden können.

Wesentliche Impulse werden dabei nicht zuletzt vom derzeitigen Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl ausgehen, das mit Beginn des Jahres 2002 zu einem österreichischen Kompetenzzentrum für Weiterbildung ausgebaut wird. Dieses Kompetenzzentrum wird nicht nur eine wichtige Drehscheibe für übergreifende Bildungsaktivitäten und Projekte innerhalb Österreichs und der Europäischen Union sein, sondern auch methodische und didaktische Akzente setzen und den Anbietern als wichtiger Input-Geber zur Verfügung stehen.

Wie sieht die Situation aber im Hinblick auf die neue Basisqualifikation „Fremdsprachen“ aus? Eine Ende 2000 durchgeführte Umfrage hat erhoben, dass nur 3% der befragten 15- bis 19-Jährigen keine Englischkenntnisse haben. Ich meine, dass wir auch darauf stolz sein können, insbesondere wenn man bedenkt, dass in der selben Umfrage in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen fast 40% angaben, kein Englisch zu verstehen. Hier haben wir also eine hervorragende Entwicklung zu verzeichnen.

Fast noch erfreulicher aber erscheinen mir die *Motive* für die Weiterbildung im Fremdsprachenbereich: Jede/r Fünfte gibt an, sich für die Kultur und das Land zu interessieren, in dem die Fremdsprache gesprochen wird, und rund jede/r Dritte nennt als Motivation, etwas für die Allgemeinbildung tun zu wollen. Anreize wie diese dienen nicht nur der individuellen Horizonterweiterung, sondern sind wesentliche Komponenten des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen kulturellen Gruppen in einem sich öffnenden Europa. Wichtig ist daher auch, das Erlernen von Sprachen unserer Nachbarstaaten zu fördern, wozu die österreichischen Initiativen im „Jahr der Sprachen“ 2001 einen wesentlichen Beitrag leistete.

Wie steht es nun aber um den fallweise gehörten Vorwurf, dass unter dem Deckmantel des lebenslangen Lernens in erster Linie den Interessen der Wirtschaft entsprochen wird? Stimmt es, wie Kritiker behaupten, dass Berufsbildung und Anpassungsbildung ein höherer Stellenwert beigemessen wird als Allgemeinbildung und Persönlichkeitsbildung und dass diese Annahme dadurch bestätigt wird, dass „Unternehmergeist“ als neue Basisqualifikation Beachtung findet, während die „alten“ Basisqualifikationen Rechnen, Lesen und Schreiben, aber auch die Förderung der Kreativität sowie die politische Bildung in den Papieren der Europäischen Union kaum mehr Erwähnung finden?

Tatsache ist, dass Österreich mit unter 8 Prozent Selbstständigen in der erwerbstätigen Bevölkerung im Schlussfeld der Europäischen Union liegt und wir

hier sicher Aufholbedarf haben, da gerade junge Unternehmen häufig Arbeitsplätze in den neuen Branchen schaffen. Tatsache ist auch, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass Phasen unselbstständiger Erwerbsarbeit sich in Zukunft häufiger mit Phasen selbstständigen Arbeitens abwechseln werden und dass „Job Rotation“ zum Berufsleben dazugehört wird, dass aber nur ständige Fort- und Weiterbildung und die Fähigkeit zu unternehmerischem Denken die dafür erforderliche Flexibilität und Kompetenz vermitteln können.

Ebenso ist es aber Tatsache, dass wir Personen mit Unternehmergeist nicht nur im Wirtschaftsleben brauchen, sondern auch in unseren sozialen Einrichtungen, in unseren kulturellen Institutionen und in der öffentlichen Verwaltung. Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft, die Fähigkeit zur Umsetzung selbst gesetzter Ziele, die Bereitschaft zur Innovation und die Fähigkeit zur flexiblen Antwort auf neue Herausforderungen sind nicht nur „Tugenden“ am Arbeitsmarkt, sondern wesentliche Komponenten im Zusammenleben der Menschen überhaupt. Diese Fähigkeiten müssen noch stärker als bisher mit den erforderlichen *sozialen Kompetenzen* vermittelt werden, nämlich mit Solidarität, Toleranz, Offenheit, Verantwortungsbewusstsein, Ehrlichkeit, Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft.

Lebenslanges Lernen dient also nicht nur dem Markt, aber es ist die beste Voraussetzung, um sich frei in ihm bewegen und ihn aktiv mitgestalten zu können. Ebenso ist eine aktive Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben ohne lebenslanges Lernen undenkbar. Daher bin ich davon überzeugt, dass wir uns von falschen Alternativen endgültig verabschieden müssen: Berufsbildung und Allgemeinbildung, Fachwissen und Persönlichkeitsentfaltung stellen keine Gegensatzpaare dar, sondern ergänzen und durchdringen einander. Durch musische Bildung etwa werden Kreativität und Innovation beim Menschen bedeutend gefördert: Wer eine musisch-kreative Bildung erhält, kann „querdenken“ und wird für neue Herausforderungen neue Lösungen finden. Diese übergreifenden Zusammenhänge zu betonen und die Bedeutung von Bildung auch jenseits der „Beschäftigungsfähigkeit“ zu unterstreichen wird daher ein wesentliches Charakteristikum der österreichischen Bildungspolitik der nächsten Jahre sein.

Als weiteren Punkt, der häufiger Kritik unterworfen ist, möchte ich die Finanzierung des lebenslangen Lernens ansprechen. Dass die öffentliche Hand der Empfehlung der UNESCO, 6 % des Bruttoinlandsproduktes in die Bildung der Bürgerinnen und Bürger zu investieren, bereits 1999 mehr als entsprochen hat, wurde schon zu Beginn erwähnt. Im Jahr 2001 wendet allein der Bund rund 110 Milliarden Schilling (7,99 Mrd. €) für den Bildungsbereich auf. Dennoch müssen wir in Österreich eine Unzufriedenheit konstatieren, die – aus unterschiedlichen Ursachen – den schulischen Bereich ebenso betrifft wie die Universitäten und den Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung.

Angesichts der auch im internationalen Vergleich nicht unbeträchtlichen Bildungsausgaben und den Forderungen der unterschiedlichen Akteure müssen wir uns daher kritisch die Frage stellen, *wofür* wir die Mittel ausgeben bzw. ob wir sie effizient genug einsetzen. Dazu bedarf es einer gründlichen Analyse der derzeitigen

Situation, und erst in weiterer Folge ist eine Diskussion über Erhöhungen bzw. Umschichtungen sinnvoll.

Allerdings haben wir bereits jetzt eine Konsequenz in der Hinsicht gezogen, dass jene, die tatsächlich im Bildungsbereich tätig sind und die den unmittelbaren Handlungsbedarf, aber auch die unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten am besten erkennen, mehr Verantwortung und mehr Gestaltungsspielraum erhalten als bisher.

Gerade was die Finanzierungsproblematik betrifft, können wir dabei durchaus von internationalen Erfahrungen profitieren, da das österreichische Bildungssystem in fast allen Bereichen einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten Mitteln aufweist. So hatte im universitären Bildungsbereich laut OECD 1998 kein Land einen geringeren Anteil an privaten Mitteln zu verzeichnen als Österreich: Waren es hier zu Lande 1,1 %, so betragen die privaten Mittel beispielsweise in Deutschland 7,9 %, in Frankreich waren es 14,5 %, in Tschechien 14,1 % und in Großbritannien sogar 37,3 %. Besonders auffallend ist die Entwicklung im direkten Vergleich mit Ungarn: Konnten die ungarischen Hochschulen noch im Jahre 1995 lediglich 2 % ihres Gesamtbudgets aus privaten Geldmitteln schöpfen, so steigerte sich dieser Anteil binnen drei Jahren bis 1998 auf 23 %. In Österreich hingegen halbierte sich der Anteil privater Mittel an den Universitäten im selben Zeitraum.

Im Bereich der Schulen sind die Abweichungen zwar weitaus geringer, aber auch hier liegt Österreich mit 5,2 % privatem Anteil an den Gesamtmitteln deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 9,1 %. Auch wenn gerade in diesem sensiblen Bereich keine voreiligen Schlüsse zu ziehen sind und die Wahrung der sozialen Chancengleichheit auf jeden Fall im Blick behalten werden muss: im Rahmen ihrer Teilrechtsfähigkeit haben die österreichischen Schulen jedenfalls bereits gewisse Entwicklungsmöglichkeiten zur Erlangung privater Mittel erfolgreich umgesetzt, ohne die Familien der Schülerinnen und Schüler zusätzlich zu belasten.

Aber noch etwas ist auffallend, was gerade angesichts der Diskussion um die Einführung der Studiengebühren unterstrichen werden muss: Studiengebühren wirken sich nicht zwangsläufig negativ auf Beteiligungszahlen und Abschlussquoten aus. Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ 2001 hält dazu fest: „Viele der Länder, in denen die Studierenden und ihre Familien überdurchschnittlich viel für die tertiäre Bildung ausgeben, weisen auch die höchste Bildungsbeteiligung und die höchsten Abschlussquoten im tertiären Bereich auf.“

Ich glaube daher, dass wir nicht nur in der Frage der Studiengebühren, sondern im Bildungsbereich generell tradierte Denkstrukturen überwinden müssen, dass wir flexibler werden müssen in unseren Problemlösungsansätzen und kreativer in den Strategien zur Umsetzung des lebensbegleitenden Lernens für alle. Nicht zuletzt müssen wir Modelle des Zusammenwirkens von Öffentlicher Hand, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern finden, die vorhandene Ressourcen optimieren helfen und insbesondere ein Klima schaffen, das zur kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung ermutigt und entsprechende Erfolgserlebnisse fördert. Dazu gehört auch ein verbessertes, proaktives Beratungsangebot, das auf die Menschen zugeht

und breit über offene Optionen informiert, statt primär dann zu reagieren, wenn Menschen von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind. Ein Signal in diese Richtung wollen wir mit den „Infotagen zur Weiterbildung“ geben, wo wir 2001 in den Prater gehen und vor dem Riesenrad die Menschen kontaktieren.

Bei aller Aufbruchstimmung in ein „Europa des Wissens“ können wir an die bisherigen Leistungen des österreichischen Bildungssystems durchaus anschließen, da die erzielten Erfolge bereits das Potenzial für die Weiterentwicklungen beinhalten. In diesem Sinne zielt die österreichische Bildungspolitik zur Umsetzung des lebenslangen Lernens nicht auf unreflektierte Experimente oder bloß auf modernistischen Neuigkeitswert, sondern auf stetige Qualitätsentwicklung und Verbesserung.